Von der Manufakturstadt zum „Leine-Athen“. Göttingen, 1714–1837

Hermann Wellenreuther

Nur wenige Städte in Kurhannover erlebten im 18. Jahrhundert einen vergleichbaren Wandel wie Göttingen. Einige Eckdaten mögen dies illustrieren: Um 1700 betrug Göttingens Bevölkerung nur wenig mehr als 4.000, um die Wende zum 19. Jahrhundert dagegen etwa 9.000 Personen.[1] Zu Beginn des 18. Jahrhunderts setzte sich die Bevölkerung Göttingens aus im Wesentlichen drei Personengruppen zusammen: jenen, die das Bürgerrecht besaßen, den Mitgliedern der Garnison und endlich einer durchaus substantiellen Gruppe, die ohne Bürgerrecht meist als Dienstpersonal in der Stadt lebte. Dabei ist insbesondere die Größe der letzten Gruppe unbekannt. Für das Jahr 1740 liegen dagegen genauere Daten vor: In jenem Jahr wohnten in Göttingen 4.200 (60,57 %) Bürger mit Stadtrechten, etwa 1.300 (18,75 %) Bürger ohne Bürgerrechte und 1.434 (20,68 %) Soldaten.[2] Jeder Vierte, der in der Stadt wohnte, besaß

---

1 Trotz der energischen Ansätze in den letzten beiden Jahrzehnten, Klarheit über die Bevölkerungsentwicklung in Göttingen zu schaffen, lassen sich für das 18. Jahrhundert insgesamt noch keine völlig gesicherten Daten nennen. Vgl. die Daten etwa für 1755/1756 bei Brückner, Carola/Möhle, Sylvia/Pröve, Ralf/Roschmann, Joachim: Vom Fremden zum Bürger: Zuwanderer in Göttingen 1700–1755, in: Wellenreuther, Hermann (Hrsg.): Göttingen 1690–1755, Studien zur Sozialgeschichte einer Stadt (Göttinger Universitätsschriften, Serie A: Schriften), Göttingen 1988, S. 105, Anm. 47, wo eine Einwohnerzahl für Göttingen ohne Soldaten und Studenten von 7.149 genannt wird. Winnige, Norbert: Krise und Aufschwung einer frühneuzeitlichen Stadt. Göttingen 1648–1756 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, XXXIV), Hannover 1996, S. 110, nennt für 1755/1756 für Göttingen eine Stadtbevölkerung von 7.000 ohne Soldaten und Studenten, wogegen Sachse, Wieland: Bevölkerungs- und Sozialgeschichte der Stadt Göttingen vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Beginn der preußischen Zeit, in: Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 2: Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Anschluss an Preußen – Der Wiederaufstieg als Universitätsstadt (1648–1866), hrsg. von Ernst Böhme und Rudolf Vierhaus, Göttingen 2002, S. 217–254, hier S. 225, davon spricht, dass „die Einwohnerzahl auf fast 8500 am Vorabend des Siebenjährigen Krieges“ angestiegen sei; dagegen beziffert Sachse, Wieland: Göttingen im 18. und 19. Jahrhundert. Zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur einer deutschen Universitätsstadt (Studien zur Geschichte der Stadt Göttingen, 15) Göttingen 1987, S. 208 (Tabelle 32: Einwohner, Häuser und Haushalte in Göttingen, 1740–1875), für 1755 die Größe der Göttinger Einwohnerschaft auf 8.331.

2 Nach Pröve, Ralf: Stehendes Heer und städtische Gesellschaft im 18. Jahrhundert. Göttingen und seine Militärbevölkerung 1713–1756 (Schriftenreihe des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, 47), München 1995, S. 63.

nicht die Bürgerrechte; und immerhin unterstanden zwei von zehn Einwohnern, nämlich die Soldaten, nicht der städtischen Obrigkeit, sondern dem Landesherrn. Die Situation wird noch verwirrender, wenn man die Folgen der Universitätsgründung berücksichtigt: Um nämlich die Gesamtzahl derjenigen zu erfassen, die um 1740 in der Stadt lebten, muss man noch 508 „Universitätsangehörige" in Göttingen berücksichtigen. Dies bedeutete, dass zu dieser Zeit immerhin ein Viertel der Bewohner Göttingens nicht dem Magistrat unterstanden, sondern anderen Obrigkeiten: der Universität einerseits (7 %), dem Landesherrn andererseits (19,27 %).[3]

Das Wachstum einer Stadt lässt sich auch in der Zahl ihrer Häuser ausdrücken. Auch aus dieser Warte ist der Wandel bemerkenswert: Um 1700 gab es in Göttingen 728[4] Häuser, die bewohnt waren. Zugleich wies die „Designatio der wüsten Stellen binnen Göttingen" von 1702 in der Stadt 179 „wüste" Stellen und weitere 157 baufällige oder verfallene Häuser aus.[5] Zum Ende des 18. Jahrhunderts waren die wüsten Stellen sämtlich wieder bebaut und die baufälligen oder verfallenen Häuser repariert; der Bestand an bewohnten Häusern hatte sich im Jahr 1795 – was angesichts der Bevölkerungsvermehrung keinesfalls ungewöhnlich war – deutlich auf 1015 Häuser erhöht[6], eine Steigerung um immerhin beinahe 40 %. Beide Ansätze dokumentieren ein im Vergleich zu anderen niedersächsischen Mittelstädten des 18. Jahrhunderts überdurchschnittliches Wachstum. Die Gründe für dieses Wachstum sind zu einem beträchtlichen Maße identisch mit der Geschichte der Stadt Göttingen im 18. Jahrhundert.

Die Erforschung dieser Gründe muss mit den Jahren 1690 und 1702 beginnen. Das kurfürstliche Reglement von 1690 stellte, und dies wirkte im gesamten 18. Jahrhundert nach, das Stadtregiment insgesamt auf eine neue Grundlage, schaffte eine beträchtliche Zahl von zu Sinekuren verkümmerten Ämtern ab, verpflichtete die Magistratsmitglieder zur regelmäßigen Teilnahme an den Magistratssitzungen, legte strenge Kontrollen der Stadtfinanzen fest (was freilich Unterschleif nicht verhinderte)[7]

---

3 Ich stütze mich hier auf die Daten von Pröve (Anm. 2), S. 63, vgl. auch Derselbe: Landesherrliche Soldaten in Göttingen: Die Stadt als fürstliche Garnison und Festung, 1641–1762, in: Böhme/Vierhaus (Anm. 1), S. 479–521, hier S. 483.

4 Sabine Kastner geht von 728 besteuerten Häusern aus; Kastner, Sabine: Bürgerliches Wohnen und Bauen in Göttingen, in: Wellenreuther (Anm. 1), S. 175–251, hier S. 179. Winnige, Norbert: Steuern und Immobilien. Die wirtschaftliche Entwicklung Göttingens bis zum Siebenjährigen Krieg, in: Böhme/Vierhaus (Anm. 1), S. 341–393, hier S. 369 geht von einem Gesamthausbestand von 797 für das Jahr 1702 aus. Da aber die späteren Zahlen sich gleichfalls auf die versteuerbaren Häuser beschränken, wird hier der Erörterung die Angabe Kastners zugrunde gelegt.

5 Winnige (Anm. 1), S. 244–256; Kastner (Anm. 4), S. 175–251, hier S. 180.

6 Nach Sachse 2002 (Anm. 1), S. 246.

7 Winnige, Norbert: Kassendefizite, plötzliches Abreisen und erstaunliche Berechnungen – die Göttinger Kalandsverwalter im 18. Jahrhundert, in: Göttinger Jahrbuch, 39 (1991), S. 55–60.

und verschärfte die landesherrliche Aufsicht über das Stadtregiment.[8] Zum zweiten signalisierte das Reskript von 1702 für die wirtschaftliche Entwicklung einen Neubeginn: Mit diesem kündigte die Landesregierung ein großzügiges Programm zur Förderung der Zuwanderung und zur Verbesserung der Bausubstanz und Wohnsituation in Göttingen an. Beide Reskripte zusammengenommen verwandelten die dahinsiechende in eine aufstrebende Stadt. Im Wohn- und Baubereich kam es zwischen 1714 und 1724 zu einem regelrechten Bauboom, in dem die größten Lücken im Stadtbild gefüllt, viele Häuser instand gesetzt und bis 1734 68 neu gebaut wurden. Davon waren 18 sogenannte „Große Häuser“.[9]

Diese rege Bautätigkeit vermittelte nicht nur der Wirtschaft willkommene Impulse; sie spiegelt überhaupt eine neue Vitalität im Göttinger Wirtschaftsleben. Dafür gibt es auch andere Anzeichen: Zwischen 1700 und 1731 kamen 476 Zuwanderer – davon 112 Frauen und 364 Männer – nach Göttingen, immerhin beinahe 10 % der Gesamtbevölkerung. Bei neun von zehn Zuwanderern ist der Beruf bekannt, und dies wiederum erlaubt uns, diejenigen Wirtschaftssparten näher zu bezeichnen, die durch Zuwanderung besonders profitierten und am Wachstum mehr als andere teil hatten: Danach gehörten über 70 % der Zuwanderer zum Textil- und um die 28 % zum Ledergewerbe, die restlichen Zuwanderer waren Tagelöhner.[10] Diese Aufteilung kam nicht von ungefähr: Sie spiegelt die Folgen der systematischen landesherrlichen Förderung des Textilgewerbes durch Kredite und die Zusicherung, größere Mengen von Uniformen in Göttingen anfertigen zu lassen. Am erfolgreichsten beim Ergattern von Landeskrediten und Aufträgen war Johann Heinrich Grätzel, der im Jahr 1722 seine „Tuchfabrique“ gründete, in den folgenden Jahren eine Walkmühle und eine Presserei dazuerwarb und 1747 schon dreizehn Häuser sein eigen nannte.[11] Das „Grätzel'sche Haus“ in der Prinzenstraße, mit dessen Bau 1739 begonnen wurde, dokumentiert seinen neuen Reichtum ebenso wie Grätzels beherrschende Stellung im Göttinger Textilgewerbe.

Die wirtschaftliche Erholung konzentrierte sich vor allem auf zwei Sektoren: bauliche Erholung und Aufschwung des Gewerbes. Ihre Schubkraft reichte zwar aus, die um 1700 noch sichtbaren Folgen der Kriege und des Niedergangs der Stadt zu beseitigen; sie erfasste jedoch nicht kulturelle Bereiche. Vor 1734 besuchte kein Wander-

---

8 Unterschiedliche Ansichten über den Einfluss der Landesregierung auf das Stadtregiment sind formuliert bei Wellenreuther (Anm. 1), S. 323–324, und bei Gerhard, Hans-Jürgen: Grundzüge der Verfassung, Verwaltung und Wirtschaft der Stadt Göttingen 1650–1866, in: Böhme/Vierhaus (Anm. 1), S. 256–340, hier S. 313–316.

9 Kastner (Anm. 4), S. 168–169.

10 Brückner et al. (Anm. 1), S. 115–118, ferner Tabellen III–V, ebenda, S. 367–405.

11 Pröve, Ralf: Die Stadt als fürstliche Garnison und Festung, in: Böhme/Vierhaus (Anm. 1), S. 505–506; Brückner et al. (Anm. 1), S. 151.

theater die Stadt, bot keiner ein öffentliches Konzert an, war in den Straßen keine Zeitung zu finden. Erstmals war am 1. Mai 1732 zwar ein wöchentliches Journal, *Der Bürger. Oder Zufällige Gedanken über allerhand bürgerliche Pflichten und zur Aufnahme des gemeinen Wesens gereichende Anstalten* bei Johann Friedrich Hager erschienen – aber nur für wenige Wochen. Dies gilt auch für den *Freydencker* (Jahreswende 1734/35), für den *Sammler* (1736), den *Zerstreuer* (1737) und für die *Minerva*, die immerhin ab September 1741 ein Jahr lang erschien.[12] Diese Journale dienten weniger zur Information der städtischen Bürger; sie fungierten vielmehr eher als Mittler zwischen der gerade gegründeten Universität und den skeptischen Bürgern. Auch in anderen kulturellen Bereichen war wenig Neues zu erkennen: Zwar wurde die Oberstufe des Pädagogiums mit dem Beginn des Pädagogiarchats von Christoph August Heumann 1717 nach dem Vorbild der unter August Hermann Francke errichteten Schulen in Halle um eine neue Abschlussklasse erweitert, aber von einer umfassenden Modernisierung des Curriculums konnte keine Rede sein. Die klassischen Sprachen beherrschten den Unterricht; nur am Rande wurden Deutsch, Geschichte, Geographie, Physik und Philosophie berücksichtigt. Immerhin aber wurden in der Mathematik nun auch Logarithmen und sphärische Trigonometrie behandelt – Wissensfelder, die den Kaufleuten und Handwerkern schwerlich als Bereicherungen erschienen. Die Reformen konnten den Niedergang des Pädagogiums nicht aufhalten; mit der Gründung der Universität wurde es aufgelöst, Heumann und die Schüler der letzten beiden Klassen der Oberstufe wurden in die Universität übernommen.[13]

Weder Reform noch viel Leben oder Aufgeschlossenheit gegenüber Neuerungen prägten das Göttinger Kirchenleben. Pietistische Neigungen, wie sie mit der Berufung Joachim Oporins an die junge Universität in freilich nur zarten Ansätzen nach Göttingen kamen, hatten beim lutherisch-orthodoxen Pfarrstand der Stadt keine Chancen. Als sich der Jenaer Theologe Johann Franz Buddeus 1723 erdreistete, den Hallischen Pietismus zu verteidigen und das Konsistorialausschreiben des Hannoverschen Konsistoriums gegen pietistische Strömungen zu kritisieren, verfasste im folgenden Jahr der Göttinger Pastor M. Christian Münden eine eher rüde Replik.[14] Kurz: Göttingen als kleine, wenn auch aufstrebende Stadt bot Schöngeistern kaum einladenden Raum. Das literarische Schaffen beschränkte sich vor 1735 auf das Singspiel

12 Gierl, Martin/Pröfener Franz: Der „Bürger" und die „Klapperschlange": Die Göttinger Pressegeschichte von den Anfängen bis zur preußischen Zeit, in: Böhme/Vierhaus (Anm. 1), S. 979–1046, hier S. 979–994.

13 Nach Michael, Berthold: Die Göttinger Schulen in der Zeit vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zur Aufhebung des Königreichs Hannover 1648–1866, in: Böhme/Vierhaus (Anm. 1), S. 659–762, hier S. 663–666.

14 Hammann, Konrad: Geschichte der evangelischen Kirche in Göttingen, in: Böhme / Vierhaus (Anm. 1), S. 525–586, hier S. 535.

„Die siegende Großmut“ des Pädagogen Joachim Meier aus den frühen 1690er Jahren und auf Gelegenheitsgedichte, die bei dem schon erwähnten in dieser Zeit einzigen Göttinger Buchdrucker Johann Friedrich Hager erschienen.[15]

Zum Zeitpunkt der Gründung der Universität war Göttingen ohne Zweifel keine verfallene, finstere Stadt in miserablem baulichem Zustande; wohl aber mangelte es an jeder Art von kulturellen Glanzlichtern. Baulicher Verfall und dunkle Gassen war jedoch der Mythos, der von den Journalen ab 1736 propagiert wurde und der sich im Selbstverständnis der Universität bis in unsere Tage erhalten hat; aber den Tatsachen entsprach dies keinesfalls.[16] Dementsprechend ist auch das, was der Göttinger Gerichtsschulze Friedrich Christoph Neubour in der zweiten Nummer seines Journals *Der Sammler* Anfang 1736 schrieb, keinesfalls ein Bericht über die Wandlungen zwischen 1734 und 1736, sondern vor allem auch eine Zusammenfassung der Entwicklung Göttingens zwischen 1700 und der Universitätsgründung:

„Göttingen scheinet nicht mehr Göttingen zu seyn […]. Die Gassen sind durchgehends nicht nur neu gepflastert, sondern auch mit Nacht=Laternen besetzet; in allen Ecken siehet man, außer den Collegien, der Universitäts=Kirche, Reit=Hause, Stadt-Schule, Waage, Brauerey, und andern, öffentlichen eine Menge neuer Privat-Gebäude aufführen […]. Die Policey […] zeiget ihre Wirckung in allen Zweigen der bürgerlichen Ordnung, Sicherheit, Reinlichkeit und Lebens=Unterhalts. Die Anzahl der Einwohner hat […] sich über den dritten Theil vermehret, und zwar nicht nur durch Künstler, Handwercker und Kauff=Leute; sondern auch durch eine höchst ansehnliche Gesellschafft der gelehrtesten Männer, und durch die starcke Anzahl Grafen, Freyherren, Ritter, von Adel […]. Durch diesen Anwachs wird die Nahrung, der Reichthum und die Lebhafftigkeit der Stadt stündlich vergrößert, der Umgang angenehmer gemacht, und der Rost der alten Sitten abgeschliffen.“[17]

Neubours Artikel ist aus zwei Gründen bemerkenswert: Einmal ist dies ein erster Versuch, eine neue Kontinuität für die Geschichte Göttingens zu konstituieren - und zwar dadurch, dass das Bevölkerungswachstum und der wirtschaftliche Aufschwung zwischen 1700 und 1734 untrennbar mit den Neuansätzen, die durch die Universitätsgründung verursacht wurden, verwoben werden. Dann enthält der Artikel eine gehörige Portion Zukunftserwartung, die zuvor schon von anderen formuliert worden war: Mit der Gründung der Universität erhoffte man sich nicht nur neue Impulse für die Stadt und für die akademische Bildung des Landes, sondern auch den Zuzug von

15 Hassenstein, Friedrich: Das literarische Göttingen, in Böhme/Vierhaus (Anm. 1), S. 948.
16 Vgl. Kastner (Anm. 4), S. 195–196, zu Christoph Meiners’ Beitrag zu dieser Mythenbildung.
17 Zitiert nach Gierl / Pröfener (Anm. 12), S. 989–990.

Adeligen aus anderen Teilen des Reiches, die im Tausch für die reichen geistigen Früchte der Universität ihre materiellen Güter in Kurhannover und Göttingen lassen würden.[18]

Die Gründung der Universität markiert eine wichtige Zäsur für die Stadt. Die Landesregierung dekretierte am 7. November 1736 eine bessere Verzahnung von Magistrat und Universität. Zu diesem Zweck wurde Friedrich Ferdinand Insinger, gleichzeitig Bürgermeister von Northeim, zum dritten und „dirigierenden" Bürgermeister ernannt. Zusammen mit dem Gerichtsschulzen Neubour und dem Professor der Rechte Tobias Jakob Reinhardt bildeten sie seit dem 4. Juni 1737 eine „Policey-Kommission". Sieht man von bösartigen Spöttern wie etwa Heinrich Heine einmal ab, dann waren sich die meisten Universitätsmitglieder und Stadtbürger darin einig, dass die öffentliche Ordnung, die sauberen Straßen und all das, was wie die Straßenbeleuchtung zu den Annehmlichkeiten einer Stadt gehörte, „nicht zu den unvollkommensten rechnen", wie Johann Stephan Pütter 1765 in seiner *Gelehrten-Geschichte* rapsodierte.[19]

Eine andere Folge war, dass sich der Zuzug von Fremden in die Stadt in den Jahren nach 1734 verstärkte: Den 476 zwischen 1700 und 1731 Zugewanderten standen zwischen 1732 und 1755 619 Zuwanderer gegenüber. Ebenso wichtig aber war, dass diese nun aus weiter entlegenen Regionen den Weg nach Göttingen fanden. Betrug die durchschnittliche Entfernung der Zuwanderer vor 1731 81 km, so waren es danach immerhin 114 km. Aus der Sicht der Stadt waren ab 1734 jedoch die Berufe der Zuwanderer wichtiger: Nach wie vor hatten die meisten Zuwanderer Berufe, die zum Textil- und Ledergewerbe gehörten; die zweitgrößte Gruppe der Zuwanderer hatte nun aber Berufe im Dienstleistungssektor; die dritte Gruppe von Zuwanderern fiel in die Gruppe der Universitätsangehörigen, der Invaliden und der Soldaten.[20] Neue, für das Gedeihen der Universität wichtige Berufe wie Buchdrucker, Buchbinder, Instrumentenmacher, Bildhauer, Maler, Kupferstecher fanden den Weg nach Göttingen neben solchen, die der Pflege des feineren Geschmacks dienten wie Johann Christian Haun, „Universitätskoch", Johann Simon Hering, „Universitätsbarbier" und Friedrich Christian Wichmann, „Coffetier".[21] Das Wirtschaftsleben wur-

18 Ich habe die Feiern zur Universitätsgründung 1737 als eine konzertierte Werbeaktion für Göttingen und als bewussten Versuch interpretiert, einen neuen Mythos über die lichtbringende Funktion der Universität für Göttingen zu begründen: Wellenreuther, Hermann: Vom Handwerkerstädtchen zur Universitätsstadt. Die Inaugurationsfeier der Georg-August Universität von 1737 und die Vision Göttingens als „Leine-Athen", in: Göttinger Jahrbuch, 49 (2001), S. 21–37.

19 Ehlert-Larsen, Kathrin-Sabine et al.: Der Göttinger Stadtrat in der Jahrhunderthälfte der Universitätsgründung, in: Wellenreuther (Anm. 1), S. 23–87, hier S. 29–30, Tabelle 1, ebenda S. 342.

20 Ich folge hier den statistischen Auswertungen der Zuwanderer in Wellenreuther (Anm. 1), S. 410–413.

21 Tabelle XI in Wellenreuther (Anm. 1), S. 420–423.

de vielfältiger, der Dienstleistungssektor nahm einen größeren Raum ein – und dies hieß natürlich auch, dass die beiden früher wichtigsten Gewerke, Tuch und Leder, allmählich an Bedeutung verloren.

Die Gründung der Universität stellte an den Wohnungsmarkt Göttingens hohe Anforderungen: Neben den Soldaten, die in die Wohnungen der Bürger einquartiert wurden – und zwischen 1734 und dem Ausbruch des Siebenjährigen Krieges waren dies nur einmal weniger als 1.500 Soldaten – galt es nun, Stuben, Kammern und Apartments für die wachsende Zahl der Studierenden zu finden. Um den Mangel an Wohnraum schnell abzubauen, legte die Landesregierung zwischen 1733 und 1735 neue Programme zum Ausbau der Häuser auf.[22] Ausreichender Wohnungsraum sollte im 18. Jahrhundert ein Problem bleiben – auch heute ist es noch nicht völlig gelöst.

In den fünfziger Jahren brach in Göttingen mit dem Ausbruch des Siebenjährigen Krieges eine schwere Zeit an. Zwar blieb der Stadt dank der Kontakte einiger Professoren zu französischen Offizieren eine Beschießung durch die französische Armee erspart, aber Einquartierungen und hohe Kontributionen belasteten die Stadtbürger ebenso wie die Universitätsangehörigen. Wie andere Städte blieb auch Göttingen nicht von den typischen, den Krieg begleitenden Seuchen wie Typhus und Ruhr verschont. Zwischen 1758 und 1762 kamen noch die Blattern hinzu. In den letzten beiden Jahren trieben überdies extrem hohe Roggenpreise die Lebenshaltungskosten in die Höhe.[23] 1758 starben 620 Menschen – drei Mal so viel wie in normalen Jahren. In keinem Jahr zwischen 1700 und 1875 hatte Göttingen so viele Todesfälle wie in jenem Kriegsjahr zu beklagen.[24] Von wenigen Erholungsphasen (1764–1765, 1768) abgesehen, blieb die Sterblichkeit bis 1773 deutlich über dem Durchschnitt. Aber auch danach litten insbesondere die kleinen Handwerker und Tagelöhner unter steigenden Preisen und nachhinkenden Löhnen. Zu extremen Preisausbrüchen wie während des Siebenjährigen Krieges und unmittelbar danach kam es allerdings nur noch einmal während der Napoleonischen Kriege. Erst in den 1820er-Jahren beruhigte sich das Preisniveau wieder.[25]

Unterdessen waren noch während des Siebenjährigen Krieges Überlegungen angestellt worden, wie eine künftige Besetzung Göttingens oder gar die Belagerung durch befreundete Truppen, wie dies zwischen 1760 und 1762 teilweise geschehen war, vermieden werden könne. Die Antwort war klar: Frankreich war an der Besetzung Göttingens wegen seiner Festungsbauten interessiert. Die Stadt besetzen hieß, kurhannoversche oder mit Kurhannover verbündete Truppen möglicherweise zwingen, eine kurhannoversche Stadt zu zerstören. Es war nur folgerichtig, dass Gerlach

22 Kastner (Anm. 4), S. 196–200.
23 Sachse 2002 (Anm. 1), S. 230.
24 Zahlen nach Sachse 1987 (Anm.1), S. 256–260 (Tabelle 4).
25 Gerhard (Anm. 8), S. 337.

Adolph von Münchhausen am 17. August 1762, einen Tag, nachdem die französische Armee von Göttingen abgezogen war, der Stadt den Vorschlag Georgs III. mitteilte, zur Vermeidung ähnlicher Situationen die Befestigung der Stadt zu demolieren. Dies geschah innerhalb weniger Wochen. Zugleich wurde die Gelegenheit genutzt, neue Straßenzüge jenseits der Weender, Groner und Geismarer Tore anzulegen. Zwanzig Jahre später wurde die Bürgerstraße gebaut und der Schildweg angelegt. Die massiven und reich verzierten Tore wurden noch im 18. Jahrhundert abgebrochen und durch einfache Tore ersetzt, denn Tore selbst brauchte man zur Erhebung der Akzise. Innerhalb weniger Jahrzehnte wurde nach dem Siebenjährigen Krieg Göttingen von einer befestigten zu einer offenen Stadt.[26]

Wirtschaftlich setzte sich in den Jahrzehnten nach dem Krieg der Prozess der weiteren Ausdifferenzierung der Wirtschaft fort; nach wie vor waren jedoch Tuch- und Lederherstellung und Verarbeitung die wichtigsten Wirtschaftszweige. Nun aber kamen, angezogen durch die Universität, andere hinzu: Schon 1735 war der aus Den Haag stammende niederländische Buchdrucker Abraham Vandenhoeck von der Landesregierung als Buchdrucker für Göttingen verpflichtet worden. Nach seinem Tod 1750 führte seine Witwe Anna Vandenhoeck das Geschäft gemeinsam mit Carl Friedrich Günther Ruprecht weiter. Nach der Witwe Tod übernahm Ruprecht 1787 den Verlag unter dem bis heute gültigen Namen. Mit der Privilegierung des Buchhändlers Johann Christian Dieterich aus Gotha im August 1765 erwuchs dem Vandenhoeck'schen Geschäft erstmals eine ernste Konkurrenz. Denn Dieterich gewann schnell eine Reihe einflussreicher Professoren, unter ihnen Georg Christoph Lichtenberg, als Patrone. Dass nach 1760 auch in Göttingen Leihbibliotheken entstanden, in denen Universitäts- wie Stadtbürger verkehrten,[27] und im ausgehenden 18. Jahrhundert Lesegesellschaften gegründet wurden, wie dies auch in anderen Städten geschah, verwundert kaum. Ebenfalls mit der Universität hing die Herstellung von musikalischen und chirurgischen Instrumenten zusammen; die 1795 gegründete Klavierfabrik von Gottlieb Wilhelm Ritmüller schloss erst 1925 ihre Tore.[28]

Diese Gründungen sind deutliche Zeichen dafür, dass das dürre kulturelle Leben, welches Göttingen vor 1734 geprägt hatte, allmählich angereichert wurde. Im Winter 1779 erlebte Göttingen sein erstes öffentliches Konzert.[29] Konzerte zur Unterstützung der Armen gehörten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum festen Bestandteil des Göttinger kulturellen Lebens.[30] Aber schon seit 1746 hatten gelegent-

26 Saathoff, Albrecht: Geschichte der Stadt Göttingen seit der Gründung der Universität, Göttingen 1940, S. 60–63.
27 Gierl / Pröfener (Anm. 12), S. 1006–1007.
28 Saathoff (Anm. 26), S. 85.
29 Saathoff (Anm. 26), S. 89.
30 Fährmann, Sigrid: Aspekte kulturellen Lebens in Göttingen im 19. Jahrhundert: Musik, Theater, Kunst und Vereine, in: Böhme / Vierhaus (Anm. 1), S. 905–944, hier S. 913–914.

Abb. 1 Plan der Stadt Göttingen (um 1800) (A 5b)

lich Theatergruppen die Stadt besucht. Zwischen 1766 und 1781 wurde wandernden Theatergruppen dann der Aufenthalt in Göttingen wieder verboten – mit dem Ergebnis, dass Studierende in die umliegenden Orte, vor allem ins hessische Bovenden, zogen, und dort dem Theaterbesuch frönten. Nach 1791 gehörten deshalb Theateraufführungen zum gelegentlichen, aber regelmäßigeren Bestandteil des kulturellen Lebens in Göttingen.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wuchsen die städtische Elite und die Professorenschaft enger zusammen; Eheschließungen zwischen beiden Gesellschaftsgruppen wurden häufiger, kulturelle Veranstaltungen wurden zum Teil von beiden besucht. Allerdings blieb diese Entwicklung auf die städtische Oberschicht beschränkt und erfasste hier eher jene Familien, von denen ein Mitglied ein Universitätsstudium absolviert hatte. Die Töchter wohlhabender Kaufmannsfamilien wie etwa die des Leinenhändlers Johann Andreas Heidelbach heirateten nicht nur Kaufmannssöhne, sondern auch einen „Notar, einen Professor der Astronomie, einen Universitätsrat und die jüngste den zweiten Verlagsbuchhändler Ruprecht."[31]

In der Zeit der Napoleonischen Kriege blieb auch Göttingen von den Wirren nicht völlig verschont; Versuche der französischen Verwaltung, die Stadtverwaltung Göttingens auf eine breitere soziale Basis zu stellen und die Handwerker wieder stärker am Stadtregiment zu beteiligen, wurden ebenso wie andere Neuerungen – etwa die Gewerbefreiheit – nach den Kriegen wieder zurückgenommen. Wie in den anderen Teilen des neuen Königreiches Hannover versank auch Göttingen in einen jeder politischen oder konstitutionellen Neuerung abholden Dämmerschlaf. Zugleich wurden in dieser Zeit die Grundlagen für die unblutige Revolution von 1831 gelegt: Denn erstmals gelang es nun tüchtigen Handwerker-Unternehmern, in die städtische Oberschicht vorzudringen; dennoch blieb ihnen in dieser Zeit die Möglichkeit verwehrt, sich auch an dem Stadtregiment zu beteiligen.

Genau dieses Gravamen stand im Zentrum der Petitionen, die 1831 an König Wilhelm IV. als Landesherrn geschickt wurden. Die Unterzeichner forderten unter Hinweis auf das „brittische Volk", das schon lange „im Vollgenuß aller jener Rechte und Freiheiten" sei, „deren Erlangung wir als das Ziel unsererer sehnlichsten Wünsche betrachten … eine zeitgemäße Verfassung", insbesondere „Preßfreiheit" und „eine freie und unter den verschiedenen Klassen und Stände verhältnismäßig vertheilte Volksvertretung, Öffentlichkeit der ständischen Verhandlungen und gesetzliche Anordnungen und Bestimmungen über die Übung des Petitionsrechts".[32] Die Petitionen

31 Koch, Diether: Das Göttinger Honoratiorentum vom 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung mit besonderer Berücksichtigung der ersten Göttinger Unternehmer, Göttingen 1958, S. 144–145, Zitat S. 145.

32 Zitiert nach Wellenreuther, Hermann: Die Göttinger Sieben, Göttingen und der Verfassungskonflikt von 1837, in: Die Göttinger Sieben. Ansprachen und Reden anlässlich der 150.

und Unruhen, die unter dem Namen „Privatdozentenaufstand“ zusammengefasst werden, hatten Erfolg: Am 8. April 1831 erhielt die Stadt Göttingen eine neue Verfassung. Das „allgemeine Magistrats-Kollegium“ war nun nicht mehr für alle Bereiche des öffentlichen Lebens zuständig; vielmehr wurden die judikativen Kompetenzen nun in einem separaten Stadtgericht zusammengefasst. Der Magistrat bestand nun neben dem Magistratsdirektor und dem Stadtsyndikus „aus vier Senatoren, von denen zwei aus der gewerbetreibenden Bürgerschaft ausgewählt werden sollten.“ Überdies wurde ein Bürgervorsteherkollegium von 12 Bürgern bestimmt, dem das Recht zustand, zur Wahl der Mitglieder des Magistrats und des Stadtgerichts Kandidaten zu präsentieren.[33]

Der Privatdozentenaufstand offenbarte, wie gespalten das Verhältnis des Magistrats und eines großen Teils der Bürger zur Universität nach wie vor war. Unmittelbar nach dem Privatdozentenaufstand ließ der Magistrat verlauten, dass dieser das Werk „einiger junger Schwindelköpfe“ sei. Damit ignorierte der Magistrat nicht nur die beträchtlichen Reserven in der Bürgerschaft gegenüber dem alten Stadtregiment, sondern suchte auch den Zorn der Landesregierung einseitig auf die Universität zu lenken – deren Studierende wurden als die Schuldigen ausgemacht. Er tat dies als Reaktion auf die Drohung des Stadtkommandanten wie der Landesregierung, bei nochmaligen Unruhen unter der Stadtbürgerschaft die Universität aus Göttingen in eine andere hannoversche Stadt zu verlegen.[34] Die Landesregierung beließ es nicht bei der Drohung. In einem königlichen Reskript vom 11. Februar 1831 wurde auch die „Comptrollierung der Privat-Docenten“, die „strengere Aufsicht auf die Studierenden, namentlich auf ihre geheimen und besonders politischen Verbindungen“ angeordnet. Die Proklamation schloss mit folgender Drohung: „Sodann wollen Wir, daß der Göttinger Bürgerschaft angedeutet werde, daß Wir die Fortdauer der Universität nur in der Erwartung gestatten, daß sie, im vollen Gefühl ihres Unrechts, sich künftig von allen gesetzwidrigen politischen Umtrieben und namentlich von allen Verbindungen mit den Studierenden sorgfältig entfernt halten werde, widerigenfalls wir uns genöthigt sehen würden, die Universität in eine andere Stadt des Landes zu verlegen.“[35]

Das königliche Reskript stellte die Stadt vor ein Dilemma: Auf der einen Seite kam es der Stadt insofern entgegen, als unter den Bürgern nach wie vor Vorbehalte gegenüber der Universität, ihren Professoren und Studierenden, herrschten, die seit den 1740er-Jahren kaum eine Gelegenheit ausließen, an den braven Handwerkern

---

Wiederkehr ihrer Protestation von Edzard Blanke et al. (Göttinger Universitätsreden, 85), Göttingen 1988, S. 61–84, hier S. 63.

33 Koch (Anm. 31), S. 188–189.

34 Wellenreuther (Anm. 32), S. 63–64.

35 Zitiert nach Wellenreuther (Anm. 32), S. 64, Anm. 6.

der Stadt ihren Dünkel auszulassen. Die Ereignisse von 1831 hatten deutlich gezeigt, dass die Stadt ihre politischen Interessen nicht mit jenen der Universität gleichsetzte, sondern in bewusster Abgrenzung zu dieser formulierte. Auf der anderen Seite war die Universität zum möglicherweise wichtigsten Wirtschaftsfaktor der Stadt geworden: Es gab wohl keine Bürgerfamilie, die nicht in irgendeiner Weise von der Kaufkraft oder den Mieten, die Universitätsangehörige bezahlten, profitierte. Für die Stadt ergab sich aus diesen Widersprüchen eine Doppelstrategie: Zum einen galt es, gegenüber dem König politische Eigenständigkeit zu demonstrieren; zum anderen musste diese aber in Krisenzeiten im wohlverstandenen Eigeninteresse auch kritische Solidarität mit der Universität beinhalten. In der Krise, die das Ende der Personalunion markiert, verfolgte die Stadt Göttingen genau diesen Kurs.

Wie genau die Landesregierung und die königliche Familie die politische Haltung der Stadt Göttingen beobachteten, sollte sich schon im Juli 1836 zeigen: Aus Anlass der fünfzigsten Wiederkehr der Immatrikulation der drei Söhne Georgs III. beschloss die Stadt, sich diesen, einer von ihnen immerhin Vizeregent und ein zweiter designierter Thronnachfolger des Königreichs Hannover, mit lobhudelndem Gedicht „submisest", also untertänigst, in Erinnerung zu bringen. Die Reaktion der drei Prinzen fiel nicht völlig befriedigend aus. Zwar bedankte sich Prinz Friedrich artig und bezeichnete seine Studienzeit in Göttingen als eine seiner schönsten Erinnerungen; zwar kündigte Ernst, Prinz von Cumberland und ab 1837 König von Hannover, an, er werde im folgenden Jahr persönlich den Säkularfeiern beiwohnen. Aber der Vizekönig verband seinen Dank mit einer pointierten Bemerkung zum Privatdozentenaufstand als Göttingens unvergessenem Makel. Kurz, die wiederholten Demutsbezeugungen seit 1831 hatten der Stadt auch 1836 noch nicht das höchste Wohlwollen sichern können. Nach wie vor hing die königliche Drohung vom Februar 1831, die Universität in eine andere Stadt zu verlegen, als Damoklesschwert über Göttingen.

Ein Jahr später sollten die schlimmsten Befürchtungen der Stadt – von jenen der Universität wird an anderer Stelle gehandelt – Wirklichkeit werden: Kurz nach dem Tod von Wilhelm IV. am 20. Juni 1837 erreichte Göttingen das sogenannte Juli-Patent, in dem der neue König nicht nur seinen Thronantritt bekanntgab, sondern seinen Untertanen im Königreich auch Folgendes mitteilte: „Wir können einer Verfassungsurkunde [i.e. Staatsgrundgesetz vom 9. Oktober 1833], Unseren Beyfall nicht schenken, die nicht auf dem erforderlichen legalen Grunde beruhe, die daher nicht die Sicherheit, unter allen Umständen, gewährt, welche eine solche Urkunde gewähren soll."[36] Mit dem Juli-Patent waren die konstitutionellen Errungenschaften des Königreiches mit einem Federstrich vom Tisch gewischt. Damit verschärfte sich

36 „Entwurf eines Regierungs Antritts-Patents, bey dereinstiger Thronbesteigung…" vom 24. November 1836, zitiert nach [Wellenreuther, Hermann:] Die Göttinger Sieben. Eine Ausstellung der Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen 1987, S. 34–35.

die politische Krise: Denn während des Privatdozentenaufstandes war auch klar geworden, dass ein beträchtlicher Teil der Stadtbürger eben jene konstitutionellen Rechte lauthals gefordert hatte, deren Annullierung im Juli-Patent angekündigt wurde. Für den Magistrat stellte sich die Frage, ob er durch die übliche Veröffentlichung des Juli-Patentes dessen Verbreitung und Rechtswirksamkeit gegenüber den Bürgern verleihen oder, wie der Magistratsdirektor Ebell und die Senatoren Ferdinand Berg und Johann Heinrich Wedemeyer forderten, das Patent unter Berufung auf § 13 des Staatsgrundgesetzes unterdrücken sollte.[37] Der Magistrat entschloss sich charakteristischerweise für eine Zwischenlösung: Er ließ das Juli-Patent an einer einzigen Stelle am Rathaus aushängen – alle weiteren übersandten Exemplare wurden sogleich archiviert.

Wie eng der Handlungsspielraum des Magistrats war, zeigte sich am Verhalten der Stadtbürger beim feierlichen Einzug des neuen Königs, der wie versprochen am 17. September 1837 zu den Säkularfeiern der Universität nach Göttingen gekommen war. Nach dem Bericht des Bremer Senators Dr. Friedrich Wilhelm Heineken entsprach das Verhalten der Bürger einer „kühlen Aufnahme“, die sich als „ausgesuchteste Ignorieren seiner Anwesenheit“ darstellte; „freudige Bewegungen und Acclamationen zur Begrüßung des Landesherrn haben nur in den Zeitungen stattgefunden.“[38] Das Verhalten der Stadtbürger implizierte eine überdeutliche politische Stellungnahme zu den durch das Juli-Patent aufgeworfenen Verfassungsfragen. Mehr noch: Hier, wie dann in der Diskussion im Magistrat über das königliche Reskript vom 14. November 1737, welches Magistrat und Staatsdiener in Göttingen zur Ablegung des Huldigungseides aufforderten, wurde schnell deutlich, dass sich die Stadt entscheiden musste, ob sie die Legalität des Königs insgesamt bezweifeln und damit den offenen Bruch riskieren oder sich den einmal geschaffenen Tatsachen beugen wollte.

Noch schlimmer wurde die Lage des Magistrats durch den Beschluss der sieben Göttinger Professoren, den Huldigungseid zu verweigern. Die Professoren F. C. Dahlmann, W. E. Albrecht, J. Grimm, W. Grimm, H. Ewald, W. Weber und G. Gervinus hatten ihren Schritt wie folgt begründet:

„Wenn aber die unterthänigst Unterzeichneten sich nach ernster Erwägung der Wichtigkeit des Falles nicht anders überzeugen können, als daß das Staatsgrundgesetz [von 1833] seiner Errichtung und seinem Inhalte nach gültig sei, so können sie auch, ohne ihr Gewissen zu verletzten, es nicht stillschweigend geschehen lassen, daß dasselbe ohne weitere Untersuchung und Verteidigung von Seiten der Berechtigten, allein auf dem Wege der Macht zu Grunde gehe. Ihre unabweisliche Pflicht vielmehr

37 Ich folge hier und im Weiteren meiner Darstellung in Wellenreuther (Anm. 32).

38 Zitiert nach Entholt, Hermann: Bremen und die Georgia Augusta 1837, in: Bremisches Jahrbuch, 39 (1940), 267–279, hier S. 278.

bleibt, wie sie hiermit thun, öffentlich zu erklären, daß sie sich durch ihren auf das Staatsgrundgesetz geleisteten Eid fortwährend verpflichtet halten müssen."[39]

Sie lehnten die Huldigung des Königs nach der Verfassung von 1819 ab, und dies konnte nur heißen, dass sie damit auch die Anerkennung und Unterwerfung unter den neuen König verweigerten.

Mit dem dramatischen Akt sprachen die Göttinger Professoren das aus, was viele Göttinger Stadtbürger mit ihrem Verhalten im September 1837 ausgedrückt hatten. Distanzierte sich nach dieser Demonstration der Bürger der Magistrat eindeutig von den Göttinger Professoren – der schnellste Weg zur Aussöhnung mit dem neuen König –, dann solidarisierte sich die Stadt nicht nur mit einer Minderheit unter den Universitäts- und Stadtbürgern, sondern riskierte auch wie 1831 die öffentliche Desavouierung durch Bürger, die in Petitionen schon 1831 ihren Unmut gegen den Willen des Magistrats kundgetan hatten. Entschloss sich andererseits der Magistrat zum energischen Schulterschluss mit den sieben Göttinger Professoren und der Mehrheit der Stadtbürger, dann lief er Gefahr, dass der König per Reskript die Drohung aus dem Jahr 1831 wahr machte und die Universität in eine andere Stadt verlegte sowie überdies möglicherweise der Stadt eine Reihe jener Privilegien wieder entzog, die ihr 1831 verliehen worden waren, womit vor allem die Mitspracherechte der Handwerker am Stadtregiment bedroht gewesen wären.

Wiederum vermied der Magistrat beide Extreme, wiewohl sich die politische Problematik Anfang November 1837 noch einmal gefährlich zuspitzte. König Ernst August hatte nämlich sowohl die Stadt als auch die Universität aufgefordert, Deputationen zum Schloss Rotenkirchen zu senden, wo er sich gerade aufhielt. Unmittelbar nach der Unterredung mit beiden Deputationen – jene der Stadt wurde von Magistratsdirektor Ebell geleitet, die der Universität von Prorektor Bergmann – erschien unter dem Datum des 6. November 1837 in der *Hannoverschen Zeitung* ein Bericht, dem zufolge sich die Universitätsdeputation in der Unterredung mit dem König von dem Schritt der sieben Göttinger Professoren distanziert hatte.[40] Natürlich wurde dies vom Prorektor energisch bestritten.

Am 8. Dezember teilte Magistratsdirektor Ebell in einem Rundschreiben mit, was er als Leiter der städtischen Deputation in Rotenkirchen dem König mitgeteilt habe: „Wenn ich in Bezug auf die Stadt darin bemerkt habe, daß die Stadt die Schritte einiger Mitglieder der Universität nur beklagen könne, und daß die Bürgerschaft daran und an seinen Folgen keinen Antheil habe so ist dies mit der Warheit (!) und

39 Zitiert nach Wellenreuther (Anm. 36), S. 40.

40 Liest man den Zeitungsbericht genau, dann scheint auch nach diesem Bericht der Prorektor es vermieden zu haben, sich von dem Schritt der Göttinger Sieben zu distanzieren. Der Bericht ist abgedruckt in: Wellenreuther (Anm. 36), S. 48, und ebenda S. 48–49, Belege, wie der Zeitungsbericht insbesondere von anderen Göttinger Professoren aufgefasst wurde.

meiner Überzeugung gemäß, und deshalb von mir bemerkt worden, weil es mir nicht unbekannt geblieben war, daß die Stadt einer Theilnahme und Verbreitung jener Schritte beschuldigt war, und das unglückliche Jahr 1831 nur noch zu sehr in frischem Andenken ist.“[41]

Dies war eine wahrlich salomonische Rede, in der in bemerkenswerter Weise gegensätzliche Positionen bedient wurden: Einerseits betonte Ebell, dass die Bürgerschaft mit der Entscheidung der Göttinger Sieben nichts zu schaffen habe. Mit dieser Feststellung sollte der König besänftigt werden – denn genau das Gegenteil war im Königreich als Gerücht zirkuliert, und dieses Gerücht war angesichts der demonstrativen Brüskierung des Königs bei den Säkularfeiern auch glaubhaft. Andererseits „beklagte“ Ebell nur die Entscheidung der Göttinger Professoren, vermied es aber sehr sorgfältig, sich im Namen der Stadt von ihr zu distanzieren oder, was noch mehr gewesen wäre, die Göttinger Sieben gar zu kritisieren. Dies ist keine Wortklauberei: Ebell berichtete in seinem Rundschreiben, dass von beiden Deputationen bei ihrer Ankunft im Schloss und vor der Unterredung mit dem König „ein Revers gefordert [worden sei] daß sie die Schritte der sieben Professoren mißbillige und daran keinen Antheil genommen habe“; die städtische Delegation habe jedoch die Unterschrift unter einen solchen Revers abgelehnt.[42] Ebells und der anderen Mitglieder der städtischen Delegation Kalkül ging auf: Die Vermeidung jeder Verurteilung oder Distanzierung von den Göttinger Sieben und den konstitutionellen Prinzipien, für die sie standen, beruhigte die aufgebrachten Gemüter der städtischen Bevölkerung. Alle Berichte über die Situation in Göttingen im November und Dezember sprechen ausschließlich von „Studierenden“, die durch Demonstrationen auf der Weender Straße, durch Auszug aus der Stadt, durch demonstratives Begleiten der abziehenden und ausgewiesenen Professoren ihrer Kritik und Missbilligung der königlichen Politik Ausdruck verliehen. Die Landesregierung reagierte mit einer massiven Verstärkung des Militärs in der Stadt, die, glaubt man einigen studentischen Berichten, in diesen letzten Wochen des Jahres 1837 auch rigoros jede auch noch so geringe Versammlung von Menschen auflöste.[43] Ende Dezember 1837 beruhigte sich die Lage: Aber Albert von Gröning berichtete am 20. Dezember 1837 an seine Mutter, dass „die Bürger fürchten, daß eine schlechtere Zeit kommen wird, wie die gleich nach der Göttinger Revolution [von 1831]. Für den Augenblick ist übrigens vollkommene Ruhe eingetreten“.[44]

Die heftige Reaktion der Universität, vor allem der Studierenden und einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Professoren – den Sieben hatten sich am 13. Dezember

41 Zitiert nach dem Abdruck des Rundschreibens in Wellenreuther (Anm. 36), S. 48–49.
42 Zitiert nach Wellenreuther (Anm. 36), S. 48.
43 S. die entsprechenden Berichte der Polizeidirektion an das Kultusministerium und studentische Berichte, abgedruckt in Wellenreuther (Anm. 36), S. 49–53.
44 Bericht abgedruckt bei Wellenreuther (Anm. 36), S. 54.

noch einmal sechs Professoren angeschlossen[45] – auf der einen Seite und der sorgfältige, Solidarisierung mit der Universität vermeidende Kurs des Magistrats auf der anderen Seite zahlte sich noch im Dezember 1837 aus: In einem auf den 22. Dezember datierten Reskript „den Bürgern zur Kenntnis" versicherte der König den Göttinger Bürgern, dass er nie an ihrer Loyalität gezweifelt habe, dass er sicher sei, dass die Unruhen von 1831 nur durch „fremde Einwirkung in dortiger Stadt" entstanden seien und dass er nichts unversucht lassen werde, der Universität wieder zum „alte[n] bewährte[n] Glanz" zu verhelfen.[46]

Der Magistrat der Stadt und seine Bürger nahmen die Erklärung des Königs mit Erleichterung auf, auch, weil diese immerhin deutlich machte, dass die Drohung einer Verlegung der Universität aus Göttingen vom König mit dem Schreiben zurückgenommen worden war. Der König sagte sogar zu, durch eine neuerliche Förderung der Universität den wirtschaftlichen Schaden, der der Bürgerschaft durch die universitären Wirren – denn darum handelt es sich nach Ansicht des Königs – entstanden war, wieder gutzumachen. Das Reskript des Königs aber bedeutete noch etwas anderes, und dies war sicherlich genauso wichtig: Der König war bereit, von seinen Ansichten abweichende politische Haltungen nicht von vornherein in Bausch und Bogen zu verdammen, sondern diese innerhalb bestimmter Grenzen zu tolerieren.[47]

Die Entwicklung der folgenden Jahre rückt die Konsequenzen der sozialen und kulturellen Entwicklung der Stadt in ein helleres Licht: Seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert hatte ein Prozess begonnen, in dem allmählich Teile der städtischen Oberschicht enger mit der Professorenschaft der Universität verschmolzen waren; sichtbar wurde dies unter anderem im Heiratsverhalten; dies hatte aber nicht dazu geführt, dass die städtische Bürgerschaft insgesamt sich mit der Universität an sich angefreundet hatte. Dies bedeutete natürlich nicht, dass das Verhältnis feindlich war; zu viele Stadtbürger profitierten von der Universität und ihren Studierenden. In einer „Vertraulichen Adresse" an den König hatte der Magistrat am 9. März 1838 ausdrücklich auf diese Zusammenhänge aufmerksam gemacht.[48] Die gesellschaftliche Verschmelzung der städtischen Elite mit Teilen der Professorenschaft führte jedoch dazu, dass nach 1837 die Elite die harte Oppositionsstrategie von Teilen der Universität übernahm und dieses auch durch ihre Entscheidungen in den Wahlen zum Landtag zeigte. Erst zwei Jahre später, nachdem dem Magistrat und dem Wahlgremium am 29. Februar 1840 von den Gilden eine Petition mit 437 Unterschriften überreicht worden war, in der beide aufgefordert wurden, ihre Opposition gegen die königliche Politik

45 Erklärung der sog. „Nachprotestierer" vom 13. Dezember 1837, abgedruckt in Wellenreuther (Anm. 36), S. 49.
46 Abgedruckt in Wellenreuther (Anm. 36), S. 71.
47 Wellenreuther (Anm. 32), S. 76–84.
48 Abgedruckt in Wellenreuther (Anm. 36), S. 72–73.

Abb. 2 „Der Strumpfverkäufer“ (A 3)

aufzugeben, lenkte das Wahlgremium ein. Im November 1840 nahm der hannoversche Konsistorialrat Dr. Friedrich Wachsmuth die Wahl zum Deputierten Göttingens an. Erst mit diesem Schritt war die harte Konfrontation zwischen Universität, Stadt und König beendet.

Die Ereignisse der 1830er-Jahre bedeuteten für die Stadt Göttingen Anfang und Ende zweier Prozesse: das Ende des Prozesses, in dem sich Stadt und Universität anfangs fremd gegenüber gestanden hatten. In den Wirren der 1830er-Jahre war der Stadtbevölkerung schmerzlich bewusst geworden, wie wichtig das Wohl und Gedeihen der Universität auch für das Wohl und die gedeihliche Entwicklung der Stadt war. Während im 18. Jahrhundert Tuch- und Ledergewerbe die städtische Wirtschaft geprägt hatten, war nach den Worten des Magistrats 1838 „[D]ie Wohlfahrt der Stadt Göttingen und ihrer Einwohner … fast lediglich durch den Flor und die Frequenz der Universität bedingt".[49] Von dieser Entwicklung profitierten alle Bürger der Stadt; diese Entwicklung führte aber nicht dazu, dass die Vorbehalte zwischen den Stadtbürgern, soweit sie nicht zur Elite gehörten, und der Universität völlig verschwanden. Andere Verhaltensweisen, andere kulturelle Welten, andere Interessen sorgten dafür, dass auch nach 1840 wie zuvor die Stadt Göttingen darum bemüht blieb, nicht zum Anhängsel einer übermächtigen Universität zu werden. Das Verhältnis zwischen beiden war und blieb problematisch, wenn auch durch gegenseitige Wertschätzung geprägt.

49 Aus der „Vertraulichen Addresse", zitiert in vorheriger Anmerkung.

Exponate A

A 1 Stadtrezess vom 13. Januar 1690.
Stadtarchiv Göttingen: Urkunde Nr. 306
Die Vorherrschaft der Gilden in der Göttinger Bürgerschaft und im Rat wurde durch die nahezu unbeschränkte Herrschaft des Landesherrn abgelöst. Ausschlaggebend für diesen Verlust städtischer Unabhängigkeit war, dass der bereits am Vorabend der Reformation erkennbare wirtschaftliche Niedergang nicht wirksam aufgehalten wurde. Im Gegenzug baute der fürstliche Landesherr seine Macht wieder aus und versuchte erfolgreich, die Unabhängigkeit der Stadt einzuschränken. Ein erster großer Schritt auf diesem Weg war 1497 die Wiedereinlösung des Stadtschulzenamtes durch Herzog Erich I., ein zweiter 1582 der Verlust der vier „Leinedörfer“ Rosdorf, Grone, Holtensen und Ellershausen, die der Rat an Herzog Erich II. abtreten musste, wodurch die Stadt einen großen Teil ihres Herrschaftsgebietes verlor. Der weiterschwelende Konflikt zwischen dem Gildemeister-Rat und den alten ratsfähigen Geschlechtern tat ein übriges und bot dem Herzog immer wieder eine willkommene Gelegenheit für Eingriffe in die Stadtverfassung. Das definitive Ende der alten städtischen Autonomie und die Durchsetzung der absoluten Herrschaft des Landesherrn Herzog Ernst August wurde dann mit dem sog. Stadtrezess vom 13. Januar 1690 erreicht. Dadurch wurde der Rat faktisch zu einem fürstlichen Verwaltungsorgan umgestaltet. Er amtierte fortan kontinuierlich, d. h. eine jährliche Wahl bzw. ein Wechsel zwischen „altem“ und „neuem“ Rat fand nicht mehr statt, und seine Mitglieder wurden fortan vom Landesherrn ernannt. Die jahrhundertealte Tradition der Ratswahl war zu Ende. Die Gilden allerdings hielten an der Wahl ihrer Obermeister fest, und es gelang ihnen, dieses Recht in den folgenden Jahrhunderten zu bewahren und mit kurzen Unterbrechungen bis auf den heutigen Tag auszuüben.

A 2 [Anonymus]:
Das jeztlebende Göttingen und darzu dienende Nachrichten. Göttingen 1739.
SUB Göttingen: 8° HLP IV, 86/2
Ein Bericht über Göttingen aus dem Jahr 1739, aus dem beispielsweise hervorgeht, dass die London Schänke, das heutige Michaelishaus in der Goetheallee, das erste Haus am Platze war.

A 3 Georg Daniel Heumann (1691-1759):
Der Strumpfverkäufer.
Kupferstich, 15,4 x 9,8 cm
In: Dei in Göttingen herüm schriende Lühe oder der Göttingische Ausruff. Göttingen 1744.
SUB Göttingen: 8° Bibl. Uff. 808 Rara

Der erste und einzige Hof- und Universitätskupferstecher Heumann zeigt Göttingen kurz nach der Gründung der Universität im Jahre 1734, die Göttinger Straßenhändlerinnen und Straßenhändler, die Waren des täglichen Bedarfs anboten, z. B. Zwiebeln, Rettich, Dörrobst, Siebe, Besen, Krüge, Singvögel, Walnüsse. Aber durch die neu in die Stadt kommende, großenteils adlige Studentenschaft stieg nun auch die Nachfrage nach Luxuswaren.

A 4 Johann Christoph Röder:
Plan Tabellen bestehend in einem genauen Verzeichniß der Kosten aller nothwendigen und nützlichen Bedürfnisse eines hier Studierenden nebst den Preisen verschiedener Waaren und anderer Dinge vom Monath October 1768 bis ult. April 1769. [ca. 1769].
SUB Göttingen: 8° HLP IV, 96/5

A 5a Matthäus Seutter:
Goettinga urbs munitissima et splendida.
Stadtarchiv Göttingen: V a 21
Stadtplan Göttingens um 1750.

A 5b K. Prizelius und H. Stromfeldt:
Göttingen innerhalb seines Walles und dessen nächster Umgebung.
SUB Göttingen: 4° H HANN V, 80
Stadtplan Göttingens um 1800.
Die Stadtpläne zeigen die Stadtentwicklung zwischen etwa 1750 und 1800.

A 6 Tagebuch von Andreas Georg Wähner.
Stadtarchiv Göttingen: Kl. E. 120
Dieses Tagebuch ist eine bedeutende Quelle für die Geschichte Göttingens im Siebenjährigen Krieg. Sehr anschaulich werden die Belastungen der Göttinger durch den Krieg geschildert, z. B. die durch Einquartierung von Soldaten.

A 7 Tasse mit der Darstellung des Aulagebäudes und des Denkmals Wilhelm des IV. von Friedrich Spangenberg nach der Radierung von Heinrich Martin Grape (1798–1874), 1838
Tasse: Porzellan, Fürstenberg, Form 56, Höhe 9 cm, Durchmesser Lippe 9 cm
Untertasse: Porzellan, Fürstenberg, Form 49, Durchmesser 14,5 cm
Städtisches Museum Göttingen: Inv. Nr. 2001/224
In Göttingen gab es seit 1818 eine erste Anstalt zur Porzellanmalerei, nämlich die Fabrik von Heinrich Friedrich Wedemeyer (1783–1861), welcher aus der Galanteriewarenhandlung seines Vaters eine Porzellanmalerei machte. Er beschäftigte zunächst

einen Maler, Carl Schmidt aus Jena, der aber bald die Stelle eines Universitätszeichners antrat. Als Mitarbeiter und seit 1829 auch als Schwiegersohn kam Philipp Petri in die Firma Wedemeyer, der sich durch seine Kunstfertigkeit bald überregionale Bedeutung verschaffte. Die Produkte der Porzellanmalerei, wie z. B. Pfeifenköpfe, richteten sich zunächst an den Bedürfnissen der Studenten aus. Die Tassen wurden an die Lieben zuhause verschickt oder nach Beendigung des Studiums als Andenken mitgenommen. Die schließlich Petrische genannte Fabrik erhielt 1837 Konkurrenz durch Johann Friedrich Spangenberg, einen Schüler Carl Schmidts. In den 1840er Jahren kamen weitere Konkurrenten hinzu. Nicht zuletzt der sich entwickelnde Tourismus förderte die Ausbreitung von Souvenirs aus Porzellan. Wichtigster Produzent im Königreich Hannover war die Manufaktur in Fürstenberg, die das soeben als Reiseziel entdeckte Weserbergland geschickt zu nutzen wusste. In Göttingen hielt sich ein nennenswerter und künstlerisch hochwertiger Gewerbezweig bis ins 20. Jahrhundert.